

Delegierte werden in Bonn empfangen

Nachdem einige Ländervertretungen bereits am Dienstag angereist waren, kamen gestern die restlichen Delegationen aus aller Welt an. Im strömenden Regen wurden die diversen Gruppen auf dem Venusberg vorgefahren und durch die Mitglieder des SPUN-Willkommenskomitees begrüßt. Als erste Delegation kämpften sich die Vertreter des Golfstaats Bahrain heute Morgen durch das rheinisch-stürmische Wetter. Stoßweise folgten dann die Delegationen aus dem Rest der Welt, von Fiji bis Kanada, von Südafrika bis Norwegen.

Bereits gegen Mittag füllte sich die Lobby des Gästehauses mit beanzugten Delegiertinnen und Delegierten, kopftuchtragenden arabischen Diplomaten, Vertreterinnen und Vertretern der Non-Governmental Organisations (NGOs) und Mitgliedern der Presse. Während die Abgeordneten der USA hymnenpfeifend ihre Resolutionskoffer auspackten und ihre Verbündeten mit kostenlosen US-UN-Wallpapern beglückten, trafen sich die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga einige Meter entfernt zu einer spontanen Absprache ihrer Außenpolitik.

Mit jeder Limousine, die vor dem Gästehaus vorfuhr, strömten mehr und mehr Diplomatinen und Diplomaten in die Lobby, um sich zu ihren Mitdelegierten zu gesellen, die bereits heftigst in die Lobbyarbeit vertieft waren. Resolutionen wurden verfeinert, ausgedruckt, kopiert, an interessierte Mitunterzeichner verteilt und erneut umgeschrieben.

Als eine der letzten Delegationen erreichte endlich auch Guinea den Venusberg. Die Vertreterinnen des afrikanischen Landes hatten sich noch spontan einige Weisungen ihrer Regierung in der Bonner Botschaft abholen müssen. Mehr dazu in dem entsprechenden Artikel auf Seite 3.

Als schließlich alle Ländervertretungen anwesend waren und auch die letzten NGOs das Tagungsgelände gefunden hatten, wurde die Sitzungswoche offiziell durch den Generalsekretär Ben Bommert im Großen Saal des Gästehauses eröffnet. In seiner Begrüßung wies der Generalsekretär darauf hin, bei dem schlechten Wetter in Bonn wenigstens "Sonne im Herzen" zu haben. Erfreuliches erstes Ereignis der Sitzungswoche war die Begrüßung der beiden Delegationen Schweiz und Afghanistan. Die Schweiz ist dieses Jahr zum ersten Mal als vollwertiges UN-Mitglied auf der Sitzungswoche anwesend. In der vorigen Jahren hatte sie lediglich den Status eines Unabhängigen Beobachters. Die neue afghanische Delegation ersetzt die ehemalige Exilregierung der Nordallianz, die vor dem Sturz der Taliban und der Errichtung einer neuer Regierung das zentralasiatische Land bei den UN vertreten hatten.

Nach einigen weiteren organisatorischen Hinweisen und den Vorstellungen der Ausschussvorsitzenden hielten die Delegierten ihren Einzug in die respektiven Ausschüsse. Eine spannende Sitzungswoche hat begonnen und das Schicksal der Welt liegt in den Händen der Jugend . . .



Generalsekretär Ben Bommert begrüßt die Delegierten

Inhalt:

Empfang in Bonn	S. 1
Up close and personal	S. 2
Nolz spricht vor der SoKo	S. 3
Guinea trifft den Botschafter	S. 3
Bush erpresst die Welt	S. 4
Gerechtigkeit für unsere Feinde	S. 5
Seegefechtin Korea	S. 6
Stilblüten	S. 6
Die große Fotoseite	S. 7
Nachrichten aus aller Welt	S. 8

Impressum:

Herausgeber: SPUNited Presseteam
Vi.S.d.P.: Alex Rosen, alex@spun.de
Audiovisuelle Präsentation: Stefan Buchheit
Redakteure: Tim Nover, Tim Ziegler, Golnar Ghanbari, Marcin Olszowy, Alex Rosen

Vielen Dank an alle Helfer und Nachtfalter



Up close and personal

Unsere rasende Reporter waren heute während der Empfangszeremonie unterwegs und befragten diverse Delegationen zu ihren Zielen und Absichten auf der Sitzungswoche. Hier einige kurze Auszüge aus den Interviews:

Die **Volksrepublik China** lehnte sich etwas weit aus dem Fenster und begann die Sitzungswoche mit einem klaren Affront gegen eine NGO: "Ein ständiges Ziel ist die weitere Marktöffnung Chinas. Unser wichtigstes Ziel aber ist es, dass terroristische Organisationen wie amnesty international endlich mit Ihren Verleumdungen aufhören. Was ai betreibt ist auch nach amerikanischem Strafrecht ‚Nötigung von Volksgemeinschaften‘ und somit strafbar. Wir freuen uns auch, daß unsere KP (An. d. Red.: kommunistische Partei) einem unserer Delegierten zum ersten mal die Ausreise gewährt hat, nachdem er sich beim Schweinehüten bewährt hat."

Die Delegierten aus **Mauritius** waren anscheinend sehr auf Konsens bedacht und klärte uns gleich einmal über die physikalischen Eigenschaften ihrer Heimat auf: "Mauritius ist ein wunderschönes Land im Süden Afrikas. Wir lassen die Sitzungswoche auf uns zukommen und legen unsere Position erst nach Rücksprache mit den uns nahestehenden Ländern fest. In den vergangenen Zeitepochen hatten wir ‚Besuch‘ von den Engländern, den Franzosen und u.a. den Portugiesen und können es somit mit jeder Position die wir vertreten irgendeinem großen Land recht machen."

Die Vertreter **Palästinas** nutzten die Gelegenheit um erneut auf die vielen Missstände in ihrer Heimat aufmerksam zu machen: "Dass Palästina in der AK vertreten ist hört sich vielleicht ein bisschen komisch an, da unser Hauptziel – die Gründung eines palästinensischen Staates – durch Abrüstung nur schwer zu erreichen sein wird. Wir haben eine Resolution verfasst, welche für den Tagespunkt ‚Militante Gruppen‘ angesetzt ist und unter anderem die Eskalation der Gewalt im Nahen behandelt.



Getümmel im Foyer

Desweiteren kritisieren wir die israelische "Todesmauer" im Westjordanland, welche u.a. mit Selbstschussanlagen ausgestattet ist. Das ist natürlich nicht akzeptabel. Wir sind auch sehr enttäuscht darüber, dass die Anliegen unseres Volkes nicht wirklich in die Tagesordnungspunkte aufgenommen wurden, aber wir werden einen Weg finden um zufriedenstellende Ergebnisse zu erreichen."

Israel konterte, gewohnt lässig: "Die Palästinenser können gerne versuchen was auch immer durchzusetzen. Israel hat Gründe dafür, weshalb der Schutzwall gebaut wird und deshalb werden wir das auch durchführen. Wir selber haben keine Resolution für die Abrüstungskommission und wir werden uns in der selbigen auch nicht zu unserem Waffenrepertoire äussern."

Die Delegierten der **Schweiz**, die dieses Jahr zum ersten Mal als gleich gestellte Delegierte durch die Halle von SPUN wandeln, zeigten sich durchaus optimistisch: "Da dies unsere erste Teilnahme an einer SPUN Sitzungsperiode ist sind wir noch ein wenig unbedarft. Wir werden natürlich versuchen unseren Resolutionsentwurf zum IWF im Wirtschafts- und Sozialrat durchzubringen. Sie behandelt den Schuldenerlass der Dritten Welt und Schwellenländern."

Der Delegierte des **Irak** wirkte leicht düpiert durch die Politik der USA und ließ seinem Unmut während des Interviews

freien Lauf: "Unsere Ziele sind wohl ganz klar. Wir wollen die völlig überflüssigen Sanktionen gegen unser Land, die seit 1993 unnötig sind, beiseite schaffen. Außerdem wollen wir klarstellen, dass der Irak ganz und gar nicht "böse" sei, wie dieser amerikanische Präsident behauptet und durchaus zum Weltfrieden beitragen kann."

Die Delegierte **Guineas** war zur Zeit des Interviews offensichtlich noch ganz benommen von ihrem Botschaftsbesuch: "Unser erster Eindruck von SPUN ist sehr gut. In Guinea sind alle Menschen Brüder und Schwestern und haben sich lieb. Wir wollen keine Kriege und nur Frieden."

Burkina Faso thematisierte den political overkill ihrer Delegation: "Wir sind in vier Ausschüssen vertreten und hauptsächlich geht es uns darum, in der Gesundheitskommission die Weichen dafür zu stellen das AIDS-Virus zu bekämpfen."

Die Delegation der **USA** zeigte sich während der Befragung selbstbewusst wie immer: "Wir werden verhindern, dass unsere bestehenden Waffensysteme stärker kritisiert werden als uns eigentlich lieb ist, schließlich würden wir gerne behalten, was bei uns im Keller liegt."

Die **Russische Föderation** definierte ihre Ziele in ungewohnter Schärfe: "Grundsätzlich orientieren wir uns zur Abrüstung hin und wollen große Atomwaffenarsenale abschaffen. Aus diesem Grunde werden wir auch die USA konfrontieren müssen, da diese angekündigt haben, sich nicht an den Abrüstungsvertrag halten zu wollen."

Letztlich gab sich auch die **Bundesrepublik Deutschland** ehrlich und undiplomatisch wie selten zuvor: "Wir dürfen prinzipiellen keine eigenen richtig schönen Waffen haben. Aus diesem Grund spielen wir in der Abrüstungskommission natürlich den Amerikanern zu."



Bernhard Nolz spricht vor der SoKo

Dem Sonderausschuss für Gesundheit wurde heute die Freude zu Teil, eine kurze Rede von Herrn Nolz anhören zu dürfen. Herr Nolz, der schon mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde, ging während seines Vortrags ausführlich auf die Vernachlässigung der AIDS-Hilfen im Vergleich zu den Ausgaben für militärische Zwecke ein. Hier wurde das Ziel von 10 Milliarden Dollar AIDS-Hilfen von ihm ausgesprochen. Herr Nolz betonte, dass die Hilfe im Kampf gegen AIDS auch zur Demokratisierung der jeweiligen Staaten beitragen würde. Auch ging er lobend auf die Globalisierungsgegnergruppe ATTACK ein.

Anschließend wurde dann von den anwesenden Delegierten der Vortrag und die allgemeine Lage im Kampf gegen den HI-Virus diskutiert. Insbesondere der Delegierte von China äußerte sich sehr kritisch zu dem Vortrag. Auch Südafrika und die USA schienen mit den Äußerungen von Herrn Nolz nicht ganz einverstanden zu sein. Herr Nolz konterte, dass diese Kommentare typisch kapitalistisch bzw. kommunistisch gewesen seien.

Amir Heinitz
(Delegierter der USA in der SK)



Bernhard Nolz, Träger des Aachener Friedenspreises

Guinea trifft den Botschafter

Die Delegation Guinea besuchte gestern ihre Botschaft in Bonn um kurz vor der Sitzungswoche noch letzte Weisungen ihrer Regierung entgegen zu nehmen. Hier ihr Bericht: "Zuerst führen wir in die hinterste Ecke Bonn, zum allerletzten Haus am Waldrand. Die an eine Bruchbude erinnernde Villa des guineanischen Botschafters verdeutlichte uns eindrucksvoll die finanzielle Lage unseres Landes. Nach einer kurzen Wartezeit im Foyer des Hauses wurden wir von diversen Beratern des Botschafters im akzentfreien, synchronen Dreisprachenton (Englisch, Französisch und Deutsch) empfangen und über die temporäre Abwesenheit des Botschafters unterrichtet. Eine halbe Stunde und etliche Kommunikationsversuche später gelang es uns, unser Anliegen zu verdeutlichen und in die Gemächer des Botschafters Eintritt zu erhalten. Dort wurden wir herzlich mit Keksen und Cola empfangen und vom nahezu akzentfreien Deutsch (na ja, ein regional geprägtes "Also Jut dann." war schon



Die Delegation Guinea

darunter) des Botschafters überrascht. Nach kurzer Zeit war sämtliches Eis mehr als gebrochen und es gab fast kein Halten mehr; der Botschafter erzählte uns alles, was wir je über Guinea wissen wollten (oder auch nicht): Zum Beispiel, dass er nicht nur sämtliche Politiker des Landes kennt, sondern auch für Guinea bereits im Sicherheitsrat saß. Außerdem

klärte er uns über sein Verständnis von Gesundheitspolitik auf: "Gesundheit ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Gesundheit." Ferner seien alle Bewohner Guineas "Brüder und Schwestern" und auch wir wurden ehrenhalber in diese friedvolle Familie aufgenommen. Nach drei Stunden mussten wir überstürzt den Raum wieder verlassen, um noch pünktlich zur Begrüßung des SPUN-Generalsekretärs auf dem Venusberg zu kommen. Dennoch kassierten wir prompt nach unserer Ankunft eine pampige Ermahnung durch den Präsidenten der GV. Unser Besuch hat uns geholfen, die Politik unseres Landes besser zu durchschauen und hat und, neben einigen Einladungen nach Guinea, auch einen regen Telefonnummernaustausch mit den Beratern des Botschafters beschert.

Eva Zerpies
Kerstin Falk
Martina Müller
Vera Scharpenberg



Ibn Laden terrorisiert Amerika und Bush erpresst die ganze Welt

Der Internationale Strafgerichtshof oder International Criminal Court (ICC), ein "Meilenstein des Völkerrechts", ist erst vor kurzem durch über 70 Länder ratifiziert worden. Die USA, die den ICC vor einigen Jahren noch mit ins Leben gerufen hatten und in seinen Anfängen unterstützten, sind nun in der Legislaturperiode von Präsident Bush gegensätzlicher Auffassung. Einerseits befürworten die USA den ICC, andererseits fordern sie aber für eigene Kampfeinsätze Immunität für die Soldaten ihrer Streitkräfte.

Diese Forderung – eine Immunität für bestimmte Personengruppen - stellt die gesamte Arbeit des Gerichtshofs in Frage und wäre, auch wenn wir den freundlichen Drill-Sergeants der US-Forces natürlich keine unehrenhaften Absichten unterstellen wollen, ein Freibrief, um ohne drohende Verurteilung Kriegsverbrechen begehen zu können. Jüngstes Beispiel für einen möglichen Präzedenzfall wäre die unglückliche Bombardierung einer Hochzeitsgesellschaft in Afghanistan, deren Umstände bis dato noch nicht aufgeklärt werden konnten. Zwar bekundeten die USA tiefe Trauer bezüglich des "bedauerlichen Zwischenfalls", verweigerten jedoch jegliche Kooperation bei der Aufklärung.

Gerade in einer Zeit, in der die USA weltweit gegen den Internationalen Terrorismus vorgehen und auf die Solidaritätsbekundungen ihrer Alliierten



"We will not allow ourselves to be terrorized!"

pochen, erscheint ihr Verhalten im Sicherheitsrat mehr als kontraproduktiv. Während Osama Bin Ladens Al Qaida-Netzwerk weitere Anschläge in den USA androhen und der amerikanische Präsident scheinbar täglich neue Geheimdienstorganisation gründet, erscheint die Politik Bushs äußerst fragwürdig.

Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ben Bommert, wies in einem kurzen Interview darauf hin, dass in dieser Sache nicht nur der ICC gefährdet sei, sondern die USA auch die Autorität der UN und insbesondere des Weltsicherheitsrates untergraben würde. Die USA drohen ihrerseits mit ihrem Veto und der Blockade aller UN-Friedenseinsätze im Sicherheitsrat, sollte im Streit um den Gerichtshof keine eindeutige Lösung gefunden werden. So haben sie bereits die Verlängerung des Bosnien-Mandats in Frage gestellt. Am Donnerstag hatte der Sicherheitsrat dann den Einsatz um weitere zwölf Tage verlängert. In dieser Zeit muss nun

eine Lösung gefunden werden, falls das Bosnien-Mandat nicht eingestellt werden soll.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag kann Kriegsverbrechen verfolgen, die in den Ländern in denen sie geschahen aus diversen Gründen nicht geahndet werden können. Die USA führen als Gegenargument an, dass US-Bürger damit der Gefahr politischer oder willkürlicher Verfolgung ausgesetzt sein und haben vorab schon angekündigt, sie würden, sollte jemals ein US-Soldat verurteilt werden, diesen wenn nötig sogar mit Waffengewalt aus Den Haag befreien.

Diese krasse Aussage, die im absoluten Gegensatz zu der Rolle der USA als 'Weltpolizei' steht, hat in den letzten Tagen zu vehementer Entrüstung auf dem politischen Weltparkett geführt. Unterdessen haben Politiker aller Parteien die Blockadehaltung der USA gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof und der UN-Friedensmission in Bosnien kritisiert. Die gegenwärtigen Dissonanzen im transatlantischen Verhältnis verdienen es, äußerst ernst genommen zu werden, denn es geht um viel mehr als die völkerrechtliche Beurteilung des Internationalen Gerichtshofes und seiner Möglichkeiten. Langsam werden immer mehr Stimmen laut, die eine offene Konfrontation mit den USA fordern. Diese Krise gefährdet die weltweite politische Stabilität.

TZ

Stilblüten

Mexiko im SR: "Wir sind, wie Frankreich, auf dem Weg zur Demokratie."

Generalsekretär Ben Bommert: "Wer am besten massiert wird der erste sein."

Erklärung zur Essensordnung: "Du isst wo du bist!"

Irak zu Israel: "Ich möchte wissen, wie lang sie noch existieren"

Delegierte in der MK: "Ich mag am liebsten Pina Colada, aber Sex on the Beach find ich auch nicht schlecht"

Nordkorea in der MK: "Der Kommunismus wird noch die Welt verändern!"

USA: "Außer den USA sollten dem noch andere Entwicklungsländer zustimmen."

Syrien in der MK: "Die Frau muss zu ihrer traditionellen Rolle zurückfinden... also an den Herd!"

Thomas Hilger, Vorsitz der SK: "Du bist unbezahlbar, Golnar!"
Golnar vom SPUNited-Presseteam: "Äh, nö?"

Dana Rosen, Vorsitzende des SR: "Ich habe jemanden gesehen, der hatte richtig geile Zähne."



Gerechtigkeit für unsere Feinde

“Wir erklären die Angeklagten Gerhard Schröder, Tony Blair, Bill Clinton und Javier Solana folgender Kriegsverbrechen für schuldig: Bombenangriffe gegen Zivilisten, Beschießung von Hilfskonvois, Anschläge gegen Krankenhäuser, Schulen, Fernseh- und Radiosendern, Vertreibungen serbischer Bürger und das Verstreuen radioaktiv verseuchter Munition.” Dieser Satz beendete das Belgrader Gerichtsverfahren gegen die Urheber des “Terrorbombenkriegs” gegen Serbien in 1999.

Es war nicht das erste Mal in der Geschichte, dass Diktatoren zur Legitimierung ihrer eigenen, fehlgeleiteten Politik gerade die Mächte anprangerten, die sich ihrer Tyrannei entgegen stellten. Während des Kosovokrieges wurden durch das Regime Milosevics diverse westliche Staatschefs sowie der Generalsekretär der NATO angeklagt, im Namen des transatlantischen Bündnisses Kriegsverbrechen in Serbien begangen zu haben. Eine solche zynische Verdrehung der Tatsachen wird natürlich von niemandem, der sich mit der Thematik eingehend befasst hat, ernst genommen. Gerade solche Institutionen wie der ICC als Plattform können jedoch für solche abstrusen Beschuldigungen leicht missbraucht werden. Hierdurch würde derartigen propagandistischen Schauprozessen ein Maß an Seriösität verliehen, das nicht im Interesse der Staaten der Freien Welt sein kann.

US-Präsident Bush hat das Problem erkannt: Indem man Schurkenstaaten die



Der ICC in Den Haag

Möglichkeit gibt, ihre terroristische Politik hinter fingierten Anklagen zu verstecken, dient man nicht dem Prinzip der Gerechtigkeit, sondern hebt eben jede Möglichkeit aus, Unrecht zu beseitigen. Niemand will Kriegsverbrechen oder unilaterale, nicht legitimierte Militäreinsätze begeben.

Auf der Grundlage der UN-Charta muss es den Mitgliedsstaaten möglich sein, die Menschenrechte international zu wahren, wenn nötig auch mit Waffengewalt. Solange solche Friedenseinsätze unter Mandat des Weltsicherheitsrats laufen, muss die Immunität der teilnehmenden Streitkräfte allerdings auch gewährleistet sein. Da für die Soldaten, welche ihr Leben im Dienste der Weltgemeinschaft aufs Spiel setzen, die Konsequenzen eines derartigen Einsatzes ansonsten nicht absehbar wären, muss ihre Sicherheit vor Verleumdungen und falschen Anklagen gegeben sein. Bereits zu häufig wurden die Vereinten Nationen als Plattform für populistische Hetze gegen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten

genutzt. Schurkenstaaten aller Couleur sind stets bereit, die demokratischen Grundfesten der UN für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen und somit das Fundament dieser Organisation, die ja der internationalen Gerechtigkeit verpflichtet ist, zu untergraben.

Die Bedenken der Europäer sind selbstverständlich gerechtfertigt. Auch die USA wollen die Möglichkeit schaffen, Tyrannen, Diktatoren und internationale Terroristen durch unabhängige, demokratische Institutionen ihrer gerechten Strafe zu übergeben. Präsident Bush fasste dies in einer Rede am 2. Oktober 2001 folgendermaßen zusammen: “Whether we bring our enemies to justice or bring justice to our enemies – justice will be served.” Es geht den USA also nicht um schiere Rache, sondern darum, die Grundwerte der Gerechtigkeit international zu stärken und sie selbst in den Ländern ihrer Feinde zu verteidigen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein Internationaler Strafgerichtshof selbstverständlich ein unabdingbares Werkzeug, jedoch kann er in seiner derzeitigen Form viel zu leicht von eben den Leuten missbraucht werden, zu deren Bekämpfung er ursprünglich erdacht wurde. Die Befürworter des ICC weltweit müssen einsehen, dass sie den Feinden der Freiheit eine neue Waffe in die Hand geben; erst dann werden wir mit vereinten Kräften und stärker als je zuvor für die Gerechtigkeit kämpfen können.

SB, AR, TZ

Stilblüten

Dana (s.o.): “Ich habe herausgefunden... sein Freund hat auch so geile Zähne...(schwärm)”

Thomas Hilger (zum Thema Bestechung des Presseteams): “Kann man auch in Naturalien bezahlen?”

Golnar zum Thema Venusberg-Essen: “Wenn man mit dem Mund atmet, schmeckt es sogar gut.”
Generalsekretär: “Weißt du was Oral-Prävention ist?”

Soo-Hyun, Vorsitzende der SK: “Ein voller Mund!”
Generalsekretär: “Ich meinte eigentlich Sensodyne.”

Ein **Wahl-Franzose** zu einer Iranerin: “Willst du

Irak in der AK: “Oh, das war falsch. Bitte rügen Sie mich.”

Vorsitzende der AK: “Das mache ich jetzt auch!”
Irak: “Vielen Dank.”

oli, Stellvertretende Vorsitzende des SR: “Zu jeder vollen halben Stunde...!”

Der Fußballbegeisterte **Delegierte der Schweiz** in der MK: „Wie kann ich eigentlich verhindern, dass wir in die Verlängerung gehen?“

„So, eine Stilblüte brauchen wir noch um die Seite voll zu kriegen.“ **Alex**, SPUNited-Chefredakteur

Seegefecht statt Sonnenscheinpolitik

Alle Augen waren auf Südkorea gerichtet und die Koreaner wiegten sich noch in friedlichen Fußballträumen, als sich die Realität mit vernichtender Wirkung zurückmeldete. Mindestens 30 Menschen starben bei einem Seegefecht an der umstrittenen Seegrenze im Gelben Meer. Die Gewässer, in denen zwei nordkoreanische Patrouillenboote in südkoreanisches Gebiet eingedrungen und das Feuer eröffnet haben sollen, liegen ca. 170 km westlich von Incheon - nahe der Hauptstadt Seoul. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig der Provokation.

Bei vielen Südkoreanern tat sich der Verdacht auf, Nordkorea hätte aus Neid über das glänzende Abschneiden der Südkoreaner bei der Fußball-WM gezielt in diesem Moment zugeschlagen. Allerdings ist es an jener umstrittenen, von den Vereinten Nationen nach dem Koreakrieg festgelegten Seegrenze schon häufiger zu aggressiven Zusammenstößen gekommen. 1999 starben, nicht weit von der jetzigen Gefechtsstelle entfernt, 30 nordkoreanische Marinesoldaten, als ihr Schiff unter südkoreanisches Feuer geriet. Ein Teil der fischreichen, von Krabben nur so wimmelnden Gewässer werden sowohl vom Norden als auch vom Süden



Südkoreanische Soldaten nahe Incheon

reklamiert. Es ist daher zumindest denkbar, dass die gegenseitigen Drohgebärden der Fischer und ihrer Begleitschiffe ohne die Absicht Pjöngjangs eskaliert sind.

Vom nordkoreanischen Außenministerium hieß es jedoch, der Vorfall sei von den Vereinigten Staaten provoziert worden. Diese seien schon seit längerem wegen des Fortschritts in den innerkoreanischen Beziehungen der letzten Jahre verärgert gewesen und hätten nun eine Verleumdungskampagne gegen Nordkorea gestartet. Seitdem Präsident Bush Nordkorea in eine 'Achse des Bösen' eingeordnet hat, haben sich die Spannungen zwischen diesen beiden Ländern verstärkt.

Das amerikanische Außenministerium verurteilte Nordkoreas Vorgehen bei dem Gefecht als 'bewaffnete Provokation' und zeigte sich besorgt, dass das Gefecht eine 'unannehmbare Atmosphäre' für Gespräche geschaffen habe. Die ersten hochrangigen Gespräche amerikanischer und nordkoreanischer Delegierter seit der Präsidentschaftsübernahme von George W. Bush wurden auf Eis gelegt.

Ob die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Fußball-WM auf die militärische Macht Nordkoreas kalkuliert aufgrund von militärischer Provokation umgelenkt wurde, bleibt zunächst offen. Südkoreas Präsident Kim Dae Jung wertete den Zwischenfall zunächst als eine 'klare Verletzung des Waffenstillstandsabkommens', verkündete aber zwei Tage später in Japan, dass er trotz des Gefechts an seiner 'Sonnenscheinpolitik' festhalten werde. Alle müssten sich anstrengen, um den Frieden auf der Halbinsel zu bewahren, indem ein Krieg verhindert werde. Die Opposition in Südkorea verstärkte daraufhin die Kritik an der Versöhnungspolitik des Friedensnobelpreisträgers Kim.

Hier eine offizielle Stellungnahme der türkischen Delegation:

Trotz der kritischen politischen Lage, in der sich unsere Regierung und die türkische Republik befinden, wollen wir an unserem Premier Bülent Ecevit festhalten.

Der finanzielle und wirtschaftliche Reformkurs, der unter seiner Führung eingeschlagen wurde, muss für eine langfristige, wirtschaftliche und politische Stabilisierung in der Türkei unbedingt beibehalten werden. Eine Garantie hierfür ist im Falle von Neuwahlen nicht gegeben. Zusätzlich müssen die schweren



"Don't cry for me, Turkey..."

Rückschläge, die wir durch die Rücktritte wichtiger Minister und Abgeordneter erleiden mussten, schnellstmöglich ausgeglichen werden.

Die Nachnominierung ist bereits in vollem Gange, ebenso Gespräche für eine mögliche Neubildung einer Koalition. Wir wollen in dieser, für unser Land ungleich schwierigen Stunde, all unsere Freunde und Bündnispartner, sowie die Nachbarstaaten und besonders die Europäische Union bitten uns beizustehen.

Die große Fotoseite

▼ Der Delegierte der USA packt aus



Christian bei der Begrüßung



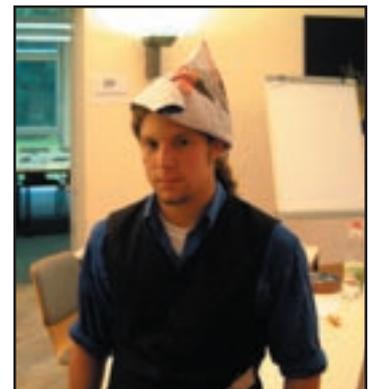
◀ Der Delegierte Pakistans

▼ Bosnien prüft eine Resolution



◀ Palästina stimmt sich mit der Arabischen Liga ab

▼ Die Begrüßung der Delegationen



▲ Alex mit SPUN-Regenhut



NACHRICHTEN

DURBAN, Südafrika

Libyens Revolutionsführer Muammar Gaddafi hat sich in einer Dankesrede auf dem Gründungskongress der Afrikanischen Union (AU) in Durban für ein starkes Afrika ausgesprochen. Gaddafi hatte den Entstehungsprozess der neuen internationalen Organisation maßgeblich beeinflusst. Wörtlich sagte er: "Afrika den Afrikanern, unser Land ist unser Land. Ihr seid jetzt stark, ihr seid die Herren, ihr seid frei!" Mit Blick auf die Weißen in Afrika meinte er etwas versöhnlicher, man sollte ihnen vergeben. "Wenn sie uns dienen wollen, okay. Wenn sie gehen wollen, dann tschüß."



„Afrika - find ich gut!“

DEN HAAG, Niederlande

Die Klage der demokratischen Republik Kongo gegen Ruanda vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag wurde heute abgewiesen. Kongo hatte den SPUN-Gerichtshof gebeten, provisorische Maßnahmen zu treffen, um ruandische Truppen am Genozid zu hindern. Die Einheiten besetzen große Teile des riesigen Landes im Kampf gegen Hutu-Truppen, die 1994 aus Ruanda vertrieben wurden.

Kongo war es in Den Haag wegen formalen Mängeln nicht gelungen, die Zuständigkeit des Weltgerichts zu beweisen. Die ruandische Regierung bezeichnete Kongos Anschuldigungen als haltlos.

ROM, Italien

Die Al Qaida von Moslem-Extremist Osama Bin Laden hat ein neues Terrorziel benannt – Papst Johannes Paul II. Nach Informationen des "Corriere della Sera" wurden konkrete Pläne bekannt, einen Anschlag auf den Petersplatz durchzuführen. Dieser sei am Besten für ein Blutbad geeignet. Der Papst zeigte sich angesichts des zunehmenden Hasses auf der Welt zutiefst erschüttert.

BERLIN, Deutschland

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat neue Ideen für den Friedensprozess im Nahen Osten. Fischer sprach sich gestern für die Einrichtung eines Palästinenserstaats in zunächst vorläufigen Grenzen aus. Desweiteren beinhalten seine Pläne die Entsendung eines ständigen Repräsentanten des SPUN-Sicherheitsrats nach Palästina, um die Reformen der Autonomiebehörde zu überwachen. In einem Zeitplan sieht Fischer die Schaffung des endgültigen Staates Palästina bis 2005 vor.

BONN, Deutschland

Einige kämpfen mit Schwertern, andere mit Worten, aber die wahren Meister, der guten Seite der Macht bringen ihre eigenen Geheimwaffen mit. Habt eure Gedanken unter Kontrolle: die Saudis schlagen zurück. Im Gepäck ihr Wundermittel, ein unscheinbares, leicht durch den Zoll zu schmuggelndes Accessoire, dessen exzessive Kraft der Liebe den Frieden bringen soll: DER KNUDEL-TEDDY.



Mit Teddy für den Weltfrieden

WASHINGTON, USA

US-Präsident George W. Bush hat nach Telefongesprächen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Sharon und dem saudischen Kronprinzen Abdullah beide dazu aufgefordert, ihren Beitrag zur Entschärfung des Nahostkonfliktes zu leisten. Am Montag hatte Double-U überraschend verkündigt, dass er sich auch Fortschritte bei der Reform der PA vorstellen kann, solange Yassir Arafat ihr Präsident ist. Zuvor hatte er auf einem Wechsel der Palästinenserführung bestanden.



„Ariel, mach doch auch mal was...“

NEW YORK, USA

US-Militärstrategen haben Jordanien als geeignete Basis für ihren geplanten Feldzug gegen den Irak entdeckt. Das Land eigne sich auf Grund seiner geographischen Lage und Infrastruktur hervorragend für die geplante Attacke auf Saddam Hussein und seine Massenvernichtungswaffen und liegt sogar näher dran als die Türkei.

Natürlich wurden wegen dieser sehr spontanen Entscheidung bis jetzt keinerlei Konsultationen mit Jordanien geführt; Double-U zeigte sich aber optimistisch, obwohl der jordanische Informationsminister eine solche Einmischung in die Angelegenheiten eines Bruderstaates vehement ablehnte.